

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 12.11.2009**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Stadthaus, Wappensaal,

Zeit:

16:30 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | |
|-------------------------------|------------------------|
| Frau Petra Schneutzer | Verw |
| Frau Susanne Wildner | Verw |
| Herr Roland Hildebrandt | CDU |
| Herr Raik Müller | CDU |
| Herr Andreas Schachtschneider | CDU |
| Herr Dr. Erwin Bartsch | parteilos |
| Frau Ute Haupt | DIE LINKE. |
| Herr Dr. Mohamed Yousif | parteilos |
| Frau Hanna Haupt | SPD |
| Herr Norbert Böhnke | Verw |
| Herr Tobias Kogge | BG |
| Frau Elisabeth Krausbeck | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Frau Ute Borchert | SKE |
| Herr Manfred Czock | SKE |
| Frau Dr. Gesine Haerting | SKE |
| Herr Mamad Mohamad | SKE |
| Frau Petra Tomczyk-Radji | SKE |
| Herr Christian Weinert | SKE |
| Frau Annette Wunderlich | SKE |
| Herr Norwin Dorn | Seniorenrat |
| Frau Dr. Christine Radig | ARGE SGB II Halle GmbH |
| Frau Dr. Uta Schwarzer | Verw |
| Herr Sven Weise | LIGA |
| Herr Dr. Eberhard Wilhelms | Verw |
| Herr Falko Wendler | Verw |
| Frau Kirsch | SPI GmbH |

Entschuldigt fehlen:

| | |
|-------------------------|-----------------------------|
| Herr Dr. Toralf Fischer | Verw |
| Herr Robert Bonan | parteilos |
| Herr Manfred Schuster | DIE GRAUEN/Volkssolidarität |
| Frau Sabine Wolff | NEUES FORUM |
| Frau Brigitte Thieme | SKE |
| Frau Sylvia Tempel | ARGE SGB II Halle GmbH |
| Frau Sylke Bühler | Verw |

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 8.10.2009
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Änderung der Anspruchsberechtigung zur Gewährung des Halle-Passes A
Vorlage: V/2009/08367
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
 - 6.1. Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Petra Tomczyk-Radji (CDU-Fraktion) zum Thema "Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-Schulobstprogramms"
Vorlage: V/2009/08416

7. Mitteilungen
- 7.1. Mitteilung über die Arbeit des Quartiermanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum März - September 2009; Bericht: Frau Kirsch
Vorlage: V/2009/08281
- 7.2. Information über die Verlängerung des Quartiermanagements Halle-Neustadt für 2010, Bericht: Herr Wendler
- 7.3. Information zum Stand SGB II
- 7.4. Informationen zum Stand zum Persönlichen Budget; Bericht: Herr Schneller
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass der TOP 4.1. von der Verwaltung von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Herr Kogge informiert, dass dies notwendig ist, da sich die Beschlussvorlage zum Halle-Pass zurzeit im Verwaltungsumlauf befindet. Danach wird sie auf die Tagesordnung der nächsten SGGA-Sitzung gesetzt.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 8.10.2009

Die Niederschrift vom 8.10.2009 wird bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Änderung der Anspruchsberechtigung zur Gewährung des Halle-Passes A

Vorlage: V/2009/08367

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
zu 6.1 Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Petra Tomczyk-Radji
(CDU-Fraktion) zum Thema "Inanspruchnahme der EU-Schulmilch-
beihilfe und des EU-Schulobstprogramms"
Vorlage: V/2009/08416

Herr Kogge informiert, dass die Verwaltung versucht hat, für die Beantwortung dieser Frage den richtigen Ansprechpartner zu finden. Dies gestaltete sich sehr schwierig, so dass heute noch keine Antwort möglich ist. Im Städte- und Gemeindebund wurde danach gefragt, wie mit diesem Programm umgegangen wird. Hier wird noch die Aussage vom Land abzuwarten sein. Die Schulspeisung ist mit Ausschreibung einem Anbieter zugesprochen, hier ist noch offen, wie das Programm eingebunden werden kann. Herr Kogge wird diese Frage auch mit in den Bildungsausschuss aufnehmen. Er bittet um Verständnis, dass diese Frage erst in der nächsten Sitzung des SGGA beantwortet werden kann.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

zu 7 Mitteilungen

Herr Schneller stellt zur Information zum Bundeselterngeldgesetz (BEEG) den Ausschussmitgliedern einen Flyer zur Verfügung. Mit der Übernahme des BEEG im Sozialamt gibt es zurzeit keine Probleme.

Frau Schneutzer informiert über die Internet-Seite www.integration.de, auf der jetzt neu Informationen für international Studierende hinterlegt sind. Ebenso gibt es Information zu Migrantenorganisationen. Hier gibt es auch die Möglichkeit, sich über die Neue Grippe zu informieren.

zu 7.1 Mitteilung über die Arbeit des Quartiermanagements in Halle-
Neustadt über den Zeitraum März - September 2009; Bericht: Frau
Kirsch
Vorlage: V/2009/08281

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Kirsch und Herrn Wendler und erteilt Frau Kirsch das Wort. Frau Kirsch ist als Quartiersmanagerin für den Bereich Halle-Neustadt bei der SPI GmbH tätig. Sie erläutert einige der über 40 Projekte von Akteuren in Halle-Neustadt. Anschließend bittet die Ausschussvorsitzende Fragen zu stellen.

Herr Dr. Yousif fragt, wie viele Fördermittel erhalten bzw. gebraucht werden und wie viele Menschen mit diesen Projekten betreut werden. Frau Kirsch antwortet, dass 46.000 Menschen betreut werden. Zu den Finanzen sagt Herr Wendler, dass auf jeden Fall nicht so viel Geld zur Verfügung steht, wie benötigt wird. Für Halle-Neustadt werden die Fördermittel jedes Jahr neu beantragt.

Herr Dr. Bartsch fragt, wie lange die Projekte laufen, welche Ergebnisse gibt es. Frau Kirsch bittet konkrete Fragen an die jeweiligen Projektleiter zu stellen, z. B. zur Stadtteilgemeinschaft an Frau Ackermann (WABI) von der Koordinierungsstelle. Im Projekt Stadtteilgemeinschaft wurde ein Gewerbe-, Kultur- und Sozialatlas erstellt und eine große Bürgerumfrage gestartet.

Frau Krausbeck fragt, wie man sich die Netzwerkarbeit vorstellen kann. Frau Kirsch sagt, dass eine Übersicht über die Netzwerke erstellt wurde und von ihr die Koordinierung erfolgt (z. B. über den Arbeitskreis Kultur). In den Arbeitskreisen wird über die Arbeit berichtet, die Informationen werden zusammengeführt. Sie informiert, dass ein Internationale Nachbarschaftstag jedes Jahr stattfindet.

Herr Schachtschneider möchte gern die verwendeten Abkürzungen in der Vorlage schriftlich erläutert haben. Frau Kirsch nimmt dies als Anregung für die nächste Vorlage auf.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach dem AGZ Holleben und wer die Leute anleitet. Frau Kirsch informiert, dass die Anleitung über qualifiziertes Personal der Freiwilligen Agentur erfolgt. Es ist nicht bekannt, ob ein AGZ wieder entstehen soll.

Herr Müller fragt nach dem Teilprojekt 1 WABI. Gibt es Kompetenzteams? Frau Kirsch antwortet, dass WABI einem Beirat zugeordnet ist mit verschiedenen Trägern, z. B. IHK, IWH.

Weiterhin fragt Herr Müller nach Teilprojekt 2. Gibt es andere Gemeinschaften. Frau Kirsch informiert über andere Gemeinschaften, z. B. in Glauchau, Chemnitz, Leipzig.

Herr Müller möchte Teilprojekt 3 erläutert haben. Frau Kirsch sagt, dass es hier um verschiedene Jugendgruppen geht.

Herr Hildebrandt fragt nach Ergebnissen im Teilprojekt 5. Frau Kirsch bittet sich an Herrn Dr. Erben vom DVZ für detaillierte Informationen zu wenden. Sie sagt, dass Existenzgründerkurse begonnen haben und noch keine direkten Ergebnisse vorliegen.

Frau Dr. Haerting vermisst die Aussage zu Schwierigkeiten, zu Dingen, wo es nicht läuft. Außerdem gäbe es Parallelstrukturen.

Frau Kirsch antwortet, dass die Freiwilligen Agentur mit dem Projekt nach Halle-Neustadt hineinreichen möchte. Sie erläutert, dass nicht alles gut verläuft. Das Interesse ist auch nicht immer sehr hoch. Es müssen Leute für das Engagement gefunden werden.

Herr Czock fragt zum Teilprojekt 4, ob es möglich wäre, dass wie anderswo alte Handwerksmeister Patenschaften übernehmen könnten für Jugendliche. Er fragt nach der sozialpädagogischen Beratung zu Schulden, Drogen usw.

Frau Kirsch antwortet, dass die sozialpädagogische Beratung von der AWO im Dornröschen mit geschulten Beratern stattfindet.

Frau Krausbeck merkt an, dass es schwer sei zu unterscheiden, was die Arbeit von Frau Kirsch und was die Arbeit der Projektleiter sei. Sie bittet um mehr Differenzierung.

Herr Kogge fragt, wie kann die Stadtteilarbeit angestoßen werden, wenn noch nicht genügend Engagement vorhanden ist? Herr Kogge fragt nach dem Projekt des christlich-islamischen Zentrums beim Eine-Welt-Haus Halle e. V. Dies ist nicht Aufgabe der Stadt, sondern gehört in den Bereich Religion und ist Aufgabe der Kirchen.

Frau Kirsch antwortet, dass es Gespräche mit dem EWH zu dem Projekt gab. Hier wurde die Notwendigkeit eines interreligiösen Zentrums gesehen und in die Ideenliste aufgenommen. Es war ein Vorschlag. Die in der Liste vorgeschlagenen Projekte werden geprüft, wo ein Bedarf zu sehen ist, es wird nach Kooperationspartnern gesucht.

Herr Wendler sagt zu dem Projektvorschlag des EWH, dass es als ein Vorschlag eines Akteurs zu sehen ist, nun ist abzuwarten, wie er mit Inhalt gefüllt wird. Wenn mit dem Projekt Konflikte abgebaut werden können und das Zusammenleben gefördert wird, dann kann das Angebot angenommen werden.

Herrn Kogge war nicht bekannt, dass es ein Ort der religiösen Ausübung sein soll. Dies kann nur Kirche, Moschee o. ä. sein. Er hat es so verstanden, dass es ein Begegnungsort von Menschen verschiedener Religionen sein soll.

Herr Wendler sagt, es handelt sich hier um ein Missverständnis.

Frau Schneutzer sagt, es ist keine neue Moschee in Halle-Neustadt angedacht. Der Titel ist missverständlich und ungeschickt gewählt, es geht nicht um eine Religionsgemeinschaft.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Kirsch und Frau Wendler für die Ausführungen.

Beschluss:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

zu 7.2 Information über die Verlängerung des Quartiermanagements Halle-Neustadt für 2010, Bericht: Herr Wendler

Herr Wendler informiert darüber, dass jedes Jahr im Vergabeausschuss über eine entsprechende Verlängerung des Quartiersmanagement zu entscheiden sei.

zu 7.3 Information zum Stand SGB II

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Radig und erteilt ihr das Wort.

Frau Dr. Radig informiert über die neuen Entwicklungen im SGB II und nennt dazu Zahlen aus der neuen Statistik, die dem Protokoll als Anlage beigefügt werden. Es ist zurzeit viel Bewegung am Arbeitsmarkt zu sehen, die Zahlen sind erfreulicher als erwartet. Es gibt zurzeit in Halle 21.694 Bedarfsgemeinschaften im SGB II.

Frau Dr. Radig informiert über die heute stattgefundenene Gesellschafterversammlung. Es wurden 475 Mitarbeiter bestätigt und für 2010 erfolgte die Zuweisung der städtischen Mitarbeiter. Bisher gab es keine externen Einstellungen, auf die jetzt erfolgten Ausschreibungen liegen nun 110 Bewerbungen vor.

Zur Anfrage von Frau Tomczyk-Radji zu Existenzgründungen kann nun eine Antwort erfolgen, die Zahlen werden als Anlage dem Protokoll ebenfalls beigefügt.

Weiterhin teilt Frau Dr. Radig mit, dass heute der neue Aufsichtsrat zum ersten Mal zusammengetreten ist. Der alte Vorsitzende ist auch als neuer Vorsitzender gewählt worden.

Im Koalitionsvertrag ausgeführt, dass es materielle Verbesserungen für ALG-II-Empfänger geben wird. Die Organisationsform zur Trennung beider Leistungsträger wird vorgestellt werden. Das DV-Verfahren soll auch für die neue Organisationsform für beide Leistungsträger zur Verfügung stehen. Dies führt zur Verwaltungsvereinfachung.

Herr Kogge informiert, dass dem Deutschen Städtetag eine Reihe von Anfragen vorliegen. Der KdU-Anteil des Bundes stellt ein besonderes Problem dar. Herr Kogge sieht es kritisch, dass Menschen vom SGB II in das SGB XII verschoben werden sollen. Dies bedeutet eine Belastung der Kommunen.

Herr Weinert fragt nach dem Verhältnis Zugang/Abgang Erwerbstätigkeit.

| | | |
|-----------------|---------------------------------|-------|
| Frau Dr. Radig: | aus Erwerbstätigkeit in ALG II: | 840 |
| | In Erwerbstätigkeit: | 1.018 |

Frau Tomczyk-Radji fragt nach dem Trend bei Zeitarbeit.

Frau Dr. Radig sagt, dass zurzeit keine Branche wegbricht. Es gibt keine Kündigungen in Größenordnungen. Zeitarbeit hat eine Fachkräftenachfrage in bestimmten Qualifikationen und Berufen.

Herr Dr. Yousif fragt nach Problemen bei Ausländern und Schwerbehinderten.

Frau Dr. Radig antwortet, dass hier Bestandszahlen stehen und keine Zu-/Abgänge zu verzeichnen sind. Der Anteil bei Ausländern sowie bei Schwerbehinderten wächst also nicht und ist konstant.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Dr. Radig für ihre Ausführungen.

zu 7.4 Informationen zum Stand zum Persönlichen Budget; Bericht: Herr Schneller

Die Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Schneller das Wort.

Er erläutert, dass das Persönliche Budget (PB) eine Leistung im Rahmen der Eingliederungshilfe darstellt, die wesentlich behinderten Personen gewährt werden kann. Die Anträge dazu können im Bereich Hilfe in besonderen Lebenslagen Am Stadion 5 gestellt werden.

Es wurden dort bisher 90 Personen zum PB beraten, es gab 57 Anträge, davon 14 Ablehnungen und 18 Bewilligungen. Die anderen Fälle sind noch in Bearbeitung, einige Anträge werden aber auch zurückgezogen. Das PB muss genau abgerechnet werden, dies kann ein Grund dafür sein. Anzumerken ist, dass das Sozialamt hier nur die Anträge bearbeitet, die Entscheidung und Bewilligung trifft das Land.

Die Bewilligungen erfolgten vorwiegend bei wesentlich geistigen Behinderungen. Das PB kann auch in Teilen in Anspruch genommen werden, z. B. beim Besuch einer Werkstatt tagsüber. In 12 Fällen konnte stationäre Pflege verhindert werden.

Eine statistische Auswertung des PB wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Kogge teilt mit, dass es aus einer länger zurückliegenden Sitzung vor seiner Zeit noch eine Anfrage von Frau Tomczyk-Radji gibt, die er gern noch beantworten möchte. Es wurde zum einen danach gefragt, ob Lehrer illegale ausländische Kinder melden müssen und ob ausländische Kinder nur wegen Sprachproblemen auf Sonderschulen verwiesen werden. Diese Probleme wurden nicht vergessen, Herr Kogge wird sie in der nächsten Sitzung beantworten.

Frau Tomczyk-Radji dankt Herrn Kogge für seine Bemühungen und teilt mit, dass der erste Teil ihrer Anfrage schon beantwortet sei und sie nur noch um Beantwortung des zweiten Teils bittet.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach dem Stand zur Neuen Grippe und ob es einen Patenatlas für Migranten gibt.

Frau Schneutzer sagt, dass es keinen Patenatlas gibt, er ist in Halle nicht angedacht.

Herr Dr. Wilhelms antwortet auf die Frage zur Neuen Grippe, dass es bundesweit 45.000 Fälle gibt, in Halle vom Mai bis 43. KW 39 Fälle, jedoch danach bis heute 265 neue Fälle, also ein hoher Anstieg zu verzeichnen ist, ebenso eine Häufung besonders bei jungen Menschen zwischen 10 bis 14 Jahren.

Erstmals kann bei einer Pandemie geimpft werden, jedoch ist der Impfstoff nicht in ausreichenden Mengen vorhanden. Die erste Bestellung konnte nicht komplett geliefert werden, auch die Nachbestellung nicht.

Zu chronisch Kranken gibt es einen Vertrag zwischen Krankenkasse, Ministerium und den impfenden Ärzten (ca. 200) zur Versorgung mit Impfstoff. Die Nachfrage war in der ersten Woche gering, ist jetzt angestiegen. Die Ärzteliste für Halle ist veröffentlicht.

Problematisch ist die Impfung bei Schwangeren zu sehen. Es gibt zurzeit in Deutschland nur einen Impfstoff. Für Schwangere soll es bald einen anderen Impfstoff geben.

Der Krankheitsverlauf ist im Wesentlichen als leicht anzusehen.

Zu Schulschließungen ist eine Einzelentscheidung vor Ort zu treffen.

Zurzeit gibt es keine saisonale Grippewelle.

Frau Dr. Haerting fragt, wie man der Verunsicherung in der Bevölkerung entgegenzutreten kann. Es ist gut, wenn viele sich impfen lassen, weil damit die Ausbreitung des Virus verhindert werden kann und weil dieser sich verändern und gefährlich werden kann.

Herr Dr. Wilhelms stand in den letzten Tagen für sehr viele Interviews (Halle TV, MZ usw.) zur Verfügung und hat ausführlich informiert. Oft bleiben davon nur wenige Zeilen übrig, die dann gedruckt werden und dann eventuell noch aus dem Zusammenhang heraus. Herr Dr. Wilhelms sieht eventuell noch die Möglichkeit im Amtsblatt über die Neue Grippe zu informieren.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach dem unterschiedlichen Ausmaß in den verschiedenen Regionen. Herr Dr. Wilhelms teilt mit, dass Sachsen-Anhalt sich im Mittelfeld befindet, die meisten Fälle sind in Bayern und Baden Württemberg.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach der Ausbreitung bei Tieren.

Frau Dr. Schwarzer informiert, dass die Infektionskette beim Menschen genauesten beobachtet wird. Es laufen auf der ganzen Welt Untersuchungen, wo es zur Tierinfektionen kommen kann. Auf der veterinär-rechtlichen Schiene wird genau beobachtet, jedoch liegen keine Ergebnisse vor, die Maßnahmen erforderlich machen. Es gibt Kontrollen bei Landwirten, besonders in der Schweine- und Geflügelhaltung.

Frau Krausbeck fragt nach der Wohnsozialisierungshilfe, ob Frau Schneutzer bei der Bürgerumfrage mit einbezogen wurde und wie das Berichtswesen im Ausschuss gehandhabt wird.

Herr Schneller informiert zur Wohnsozialisierungshilfe, die es in Halle seit zehn Jahren gibt. Sie hat das Ziel, Wohnungslosigkeit und Mietschulden zu verhindern und zu beheben. Am Anfang standen 5 Personalstellen zur Verfügung. Es gibt dieses Projekt nur hier und nirgendwo anders. Es wurde in Halle für besonders schwierige Mieter Wohnraum angemietet. Im Lauf der Jahre wurden der Wohnraum und die Personalstellen dem Bedarf angepasst. Der Wohnungsmarkt hat sich verändert, die ARGE sorgt dafür, dass die Miete per Abtretungserklärung gezahlt wird. Deshalb müssen wir nicht mehr so viele Leute unterbringen. Die Betreuungsdauer ist auf max. 18 Monate begrenzt. Der Bedarf ist zurückgegangen, es sind jetzt 64 Haushalte in der Wohnsozialisierungshilfe. Die Zahlen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Kogge ergänzt, dass die Reduzierung der Haushalte größer ist als die Reduzierung der Ausschreibung der Wohnsozialisierungshilfe.

Frau Schneutzer antwortet zur Bürgerumfrage, dass sie daran nicht beteiligt war, es gab danach Gespräche mit dem zuständigen Bereich.

Die Ausschussvorsitzende beantwortet die Frage nach dem Berichtswesen dahingehend, dass es keine Einheitlichkeit zum Umgang mit dem Berichtswesen gibt. Bei Berichten im

Stadtrat wurde vorher von den Beauftragten hier auch informiert. Der Ausschuss habe jedoch das Recht, bestimmte Dinge einzufordern.

Frau Schneutzer dankt Herrn Kogge, dass ihr Aufgabengebiet als Querschnittsbereich gesehen wird, der zum Leben in der Stadt dazugehört. Sie informiert darüber, dass im Jahr 2010 die Broschüre „BEST PRACTICE und kommunale Integrationsstrategien der Stadt Halle (Saale)“ herausgegeben wird.

zu 9 Anregungen

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.01.10

Kerner
Protokollführerin